102717/EU XXVIII. GP
Eingelangt am 10/11/26

Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 6. November 2026
(OR. en)

15041/26

Interinstitutionelles Dossier:
2024/0301 (COD)

CODEC 2004
COMPET 1262
MI 1080
JUR 854
ETS 15
EDUC 426
DIGIT 279
EMPL 407
SOC 693

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Entwurf einer VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über eine mit dem Binnenmarktinformationssystem verbundene öffentliche Schnittstelle für die Erklärung über die Entsendung von Arbeitnehmern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012. **(Erste Lesung)** – Annahme des Gesetzgebungsakts

1. Die Kommission hat dem Rat am 13. November 2024 ihren Vorschlag[1] übermittelt, der auf Artikel 114 AEUV gestützt ist.

2. Der Europäische Datenschutzbeauftragte hat seine Stellungnahme[2] am 8. Januar 2025 abgegeben.

3. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat seine Stellungnahme am 29. April 2025 abgegeben[3].

[1] Dok. 15620/24 + ADD 1.
[2] Dok. 5308/25.
[3] ABl. C, C/2025/3196, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3196/oj.

www.parlament.gv.at

4. Das Europäische Parlament hat seinen Standpunkt zu dem Kommissionsvorschlag in erster Lesung am 20. Oktober 2026 festgelegt.[4] Das Ergebnis der Abstimmung im Europäischen Parlament entspricht dem zwischen den Organen ausgehandelten Kompromiss und dürfte somit für den Rat annehmbar sein.

5. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher gebeten, seine Zustimmung zu bestätigen und dem Rat zu empfehlen, dass er den Standpunkt des Europäischen Parlaments in der Fassung des Dokuments PE-CONS 55/26 auf einer seiner nächsten Tagungen und bei Stimmenthaltung Bulgariens, Luxemburgs, Ungarns und Österreichs als A-Punkt billigt.

6. Billigt der Rat den Standpunkt des Europäischen Parlaments, so ist der Gesetzgebungsakt erlassen.

   Nach der Unterzeichnung durch die Präsidentin des Europäischen Parlaments und den Präsidenten des Rates wird der Gesetzgebungsakt im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht.

---

[4] Dok. 14518/26.

www.parlament.gv.at